

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Gernot Erler MdB zur
Weltpolitik nach dem
Ende des Kommunis-
mus: Utopie ist unver-
zichtbar.

Seite 1

Lissy Gröner MdEP
zum Weltkindertag
1991: Die Rechte der
jungen Menschen
schützen.

Seite 5

Regine Schmidt-Zadel
MdB zur Forderung von
Bundesfrauenministerin
Dr. Angela Merkel, die
Ladenschlußzeiten in
der Bundesrepublik
freizugeben: Frauen-
feindliche Mogelpak-
kung.

Seite 6

46. Jahrgang / 180

19. September 1991

Utopie ist unverzichtbar

Zur Weltpolitik nach dem Ende des Kommunismus

Von Gernot Erler MdB

In der Stunde des Triumphes nach dem Golfkrieg gab George Bush die Losung von der "Neuen Weltordnung" aus. Sie war Ausdruck einer befriedigenden Erfahrung: Jemand, der die Interessen der westlichen Industrienationen nachhaltig stören wollte (und dabei das Völkerrecht verletzte), war mit Zustimmung der zweiten Weltmacht Sowjetunion und anderer abgestraft worden. Diese Zustimmung kam durch eine "schiefe Bipolarität" in der Weltpolitik zum Jahreswechsel 1990/1991 zustande. Gorbatschows Moskau erkaufte sich westliche Hilfsbereitschaft durch seine Unterstützung für die gewaltsame westliche Interessenvertretung - ein Schritt, den die eigene Schwäche diktierte.

Es war also das Kränkeln der zweiten Weltmacht, das den Präsidenten der ersten hoffen ließ, aus dem Exempel Golf-Allianz eine Regel namens "Neue Weltordnung" machen zu können. Sechs Monate später, im September 1991, ist dieser Traum schon ausgeträumt - interessanterweise, weil die Schwäche der östlichen Weltmacht bis zu ihrer Suspension als solche eskalierte. Bushs "Neue Weltordnung" kann nicht funktionieren, weil sein Handelspartner Gorbatschow nur noch bedingt zeichnungsberechtigt ist. Die schiefe Bipolarität weicht einem einzigen großen Fragezeichen.

Noch haben sich die am 5. September im Moskau beschlossenen neuen Strukturen zwischen fortbestehender Union und erstarkten Republiken, die sich verkürzt als Präsidialföderation von zehn der bisher 15 Sowjetrepubliken bezeichnen lassen, nicht gefestigt. Die Nach-Putsch-Ordnung strahlt aber bereits auf die internationale Politik aus. Wer sich noch zurechtfinden will, muß rasch versuchen, sich ein Bild von der nun tatsächlich entstehenden "Neuen Weltordnung" zu machen. Sie hat mit der Illusion von Präsident Bush nur noch wenig gemein.

Verlust der Gefolgschaft

Männer machen Geschichte, wenn sie über Gefolgschaften verfügen. Egal, ob der nächste Gipfel zwischen Bush und Gorbatschow stattfindet, oder ob Boris Jelzin an Gorbatschows Stelle tritt - die Situation hat sich geändert. Zumindest auf der einen Seite fehlt die Gefolgschaft. Gipfeltreffen können nicht mehr wie bisher für wichtige Weichenstellungen sorgen. "Ein Fall für zwei" wird zu einem Fall für mehr als zwei. Weltpolitik wird anstrengender.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heusaallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Privatizer Umgang
mit wertvollen Abdrucken
Recycling-Papier



Gefolgschaften haben ihre Außenbedingungen. Ein wohlfeiles Argument für Allianzen, die sich um einen Häuptling scharen und ihm Prokura geben, ist stets die Bedrohung von außen. Wo diese nur noch als Fiktion weiterlebt, bröckelt die Gefolgschaft. In der Stunde der Gefahr, als Saddams Scud-Raketen einschlugen, horchte Israel auf den Häuptling in Washington, der von jeder militärischen Antwort an Israel inständig abriet. Jetzt, nach der Beseitigung dieser Gefahr und zurückgekehrt in eine vermeintliche Position regionaler Prädominanz, trotzt dasselbe Israel jedem Wunsch des Häuptlings. Gefolgschaft hat eine launische Konjunktur, bestimmt von der Variablen namens Gefahr.

Übertragen auf die Weltlage brechen schlechte Zeiten für Gefolgschaften an. Die allgemeine Gefahrlosigkeit als Erbin des jahrzehntlang bedrohlichen Ost-West-Gegensatzes erzeugt Voluntarismus, ja Übermut. Die luxuriöse Beschäftigung über 100 Völker der Sowjetunion mit ihrer Selbstfindung in der Separierung ist aber nicht nur Produkt der Abwesenheit von äußerer Gefahr, sondern auch ihr Produzent für alle bisherigen Nachbarn. Der Selbstfindungsluxus steckt an, wandert von Osteuropa über die Völker der Sowjetunion nach Westeuropa. Die Basken, Katalanen, Korsen und andere lassen grüßen. Schon lugen hinter dem Abgang der alten Gefahr bei diesem Gebrauch neuer Freiheit auch neue Gefahren.

Das Beispiel Jugoslawien

Schlechte Zeiten für Gefolgschaften bedeuten auch schlechte Zeiten für kollektive Strukturen. Die EG ist eine kollektive Struktur, die sich eine Vervollkommnung derselben (Binnenmarkt, politische Integration) zum Ziel setzt. Sie rudert damit derzeit gegen den Strom der Zeit. In der vollen Überzeugung, die Anforderungen der Moderne besser begriffen zu haben, belehrten wir bis vor kurzem noch die Botschafter der nationalen Separation des Ostens über die hoffnungslose Antiquiertheit ihrer Bestrebungen. Wir sagten: Im gemeinsamen Markt, in der großräumigen ökonomischen und politischen Integration unter Verzicht auf hinderliche Eigenbröteleien der Nation liegt die Zukunft. Diese Aussage bleibt da überzeugend, wo äußere Gefahr Gefolgschaft empfiehlt: Die Konkurrenz der Amerikaner, Japaner und Ostasiaten auf dem Weltmarkt erhält vorerst die Konsensfähigkeit der ökonomischen Gefolgschaft in Westeuropa. Eine andere Rationalität als die Angst, gefressen zu werden, gibt es offenbar nicht zugunsten kollektiver Strukturen.

Wie steht es aber mit der politischen Integration? Der Wegfall äußerer Bedrohung löst bereits Wirkungen aus, die uns als Lehrmeister politischer Integration unglaubwürdig machen. Wen das Auseinanderdriften der westeuropäischen Interessen und Reaktionen auf den Golfkrieg noch nicht überzeugt hat, der braucht sich nur die Behandlung des Jugoslawienproblems durch die EG anzusehen.

In Wirklichkeit sind wir gar nicht ernsthaft bedroht durch den Krieg zwischen Serben und Kroaten. Das Ende des alten Weltsystems hat es undenkbar gemacht, daß antagonistische Großmachtinteressen das Balkangemetzel zu einem Weltbrand ausweiten. Die persönliche Betroffenheit der Bürger über die Fernsehbilder von verstümmelten Leichen zwingt offensichtlich nicht zu abgestimmter, kollektiver Reaktion der Europäischen Gemeinschaft. Wir erleben ein diplomatisches Prestigespiel voller Voluntarismus, Eifersüchtelei und Ineffektivität. Die gestern noch Belehrten aus dem Osten schauen irritiert auf diese Vorführung angeblicher politischer Integration und fühlen sich bestätigt in ihren Zweifeln an kollektiven Politikansätzen. Für das Versagen gibt es nur einen Grund: Der durch äußere Gefahr erzeugte Erfolgsdruck fehlt. Wir können es uns (sicherheitspolitisch) leisten, in der EG Mensch-ärgere-Dich-nicht mit 12 Metternich-Männchen zu spielen.

Die verhängnisvolle Aufspaltung der Integration

Die neuen Weltordnung nach dem Ende der schiefen Bipolarität macht sich also bereits in Westeuropa, vor unserer Haustür, bemerkbar. Es erscheint denkbar, daß sich der europäische Integrationsprozeß aufspaltet: Die Schaffung des 320-Millionen-Binnenmarktes geht weiter, weil von außen, durch den knüppelhaften Wettbewerb auf dem Weltmarkt, erzwungen. Die politische Integration verlangsamt sich, zerfasert und zerfleddert. Es wäre falsch zu sagen, daß die EG schon bei der zweiten politischen Herausforderung dieses Jahres (das jugoslawische Drama nach dem Golfkrieg) an der Größe der Aufgabe scheitert. Nein, sie findet zu keiner gemeinsamen Antwort, weil sie keine finden muß, um den Weltfrieden (der fallweise schon immer mit regionalem Schlachten vereinbar war) zu erhalten.

Eine Aufspaltung der europäischen Integrationsprozesses wäre verhängnisvoll. In Wirklichkeit können wir uns den Verzicht auf kollektives politisches Handeln gar nicht leisten. Dieser Verzicht kommt einer gigantischen Ressourcenverschwendung gleich. Um den sozialen Auseinanderentwicklungen und ökologischen Selbstzerstörungsprozessen weltweit begegnen zu können, müssen supranational abgestimmte Strategien umgesetzt werden. Gefolgschaften haben sich nur scheinbar überlebt. Sie sind notwendig zur Abwehr bisher zu wenig ernst genommener Bedrohungen.

Es gehört aber leider zu den Erblasten des alten Weltsystems in unserem Denken, daß wir zur Gefahrenabwehr ausschließlich an militärische Mittel denken und bisher nur militärische Außengefahren allianzbildend wirken. Die gemeinsame Angst davor, daß das andere Lager die Aufteilung der Welt in Interessengebiete zu seinen Gunsten revidieren könnte, war nur durch den Ausbau der eigenen militärischen Potentiale zu beschwichtigen. Wer an der Waffenproduktion verdiente, verstand es, die These von der wohlstandserhaltenden Funktion der Hochrüstung zum Allgemeingut zu machen. Kein Wunder, daß bis heute in der Abrüstung selber eine Wohlstandsbedrohung gesehen wird. Die Erkenntnis, daß veränderte Bedrohungen neue Sicherungen erfordern, bleibt hinter dem realen Wechsel der Bedrohungen meilenweit zurück. Trotzig will man die alten Schutzmittel beibehalten, um sie gegen die neuen Gefahren einzusetzen. So kommt der Unsinn zustande, im Umweltschutz eine neue Aufgabe für das Militär zu suchen.

Die aktuelle Fehlschaltung unserer europäischen Politik ist somit eine doppelte: Die Verflüchtigung des äußeren Feindes enthebt uns scheinbar des Zwangs zu integriertem, kollektivem politischem Handeln, und tatsächlich ringen wir uns nicht mehr zu solichem durch; die jahrzehntelange Verengung auf militärische Interessenverteidigung in einer zweigeteilt-antagonistischen Welt wirkt fort und hindert uns an der adäquaten Abwehr veränderter Bedrohungen.

Ende der Ideologien?

Man spricht jetzt gern vom Ende der Ideologien. Dabei ist das schon die progressivere Perzeption der Lage: Allenthalben lassen sich Konservative ihren Triumph über den "Sieg von Ludwig Erhard über Karl Marx" anmerken und zeigen sich entschlossen, den Antikommunismus über das Ableben des Kommunismus hinaus am Leben zu erhalten. Sie werden anscheinend nie kapieren, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung erst durch eine in jedem Punkt gegen konservative Abwehr erstrittene sozialstaatliche Zivilisierung ihre Überlegenheit gegenüber der staatskapitalistischen Kommandowirtschaft namens Kommunismus entfaltet hat. Nicht der Antikommunismus hat den Kommunismus ins Leere laufen lassen, sondern die in nur wenigen reichen Gesellschaften glückliche sozialverpflichtende Bändigung der Marktwirtschaft. Wäh

rend die Mehrzahl der Kommunisten jetzt Hammer und Sichel endgültig an den Nagel hängen und eine neue Wissenschaft lernen, schwingen die Ritter des Antikommunismus noch munter ihre Äxte, die wie stets nur die Rücken derer treffen, die den Kapitalismus menschenverträglich gestalten wollen. Insofern erscheint das Ende der Ideologien zu früh annonciert.

Aber wenn es denn so wäre; wenn diese ideologiefreie neue Weltordnung nun aber bedeutet, daß nur noch der ökonomische Wettbewerb Strukturen hervorruft, Gefolgschaften bildet; wenn alle übrige Politik aber, entlassen in eine ungewohnte Beilebigkeit, sich an gegriffenen, selbstgesetzten Gegenständen austobt, ja sich selbst genießt; sich aber als handlungsunfähig erweist, was die Überlebenserfordernisse der oft beschworenen "Einen Welt" angeht? Was dann?

Können wir darauf vertrauen, daß sich im freien Spiel der Kräfte ein "Wettbewerb der Überlebensstrategien" entwickelt, der genauso handlungsfähige Gefolgschaften bildet, wie dies der Ideologiebegründete Antagonismus der alten bipolaren Weltordnung vermochte? Können wir verhindern, daß sich alte und neue Allianzen zusammenfinden, einzig mit dem verhängnisvollen Ziel, das gewohnte Muster der militärischen Verteidigung von temporären Wohlstandsvorsprüngen fortzusetzen, in Ignoranz der Tatsache der "Einen Welt"? Wie kriegen wir die Rationalität einer auf Dauer überlebensfähigen wie erlebenswerten Weltgesellschaft in die Umlaufbahn einer neuen Weltordnung?

Welter gesucht: Der "Neue Mensch"

Der Kommunismus hat darauf vertraut, der "Neuen Menschen" schaffen zu können, eben jene überlebensfähige anthropologische Spezies, die bisher in der Natur nicht vorkommt. Das Wollen zum kollektiven Handeln, zur selbstlosen Aufbauleistung und zum Verzicht auf nationalstisch-egoistische Sackgassen - kurz: das Sein für die Menschheitszukunft statt gegen sie -, es sollte von Innen her kommen, aus der Überzeugungskraft der Ideologie. Die Geschichte des Kommunismus von Marx/Engels über Lenin, Stalin bis Gorbatschow ist eine einzige Story des Scheiterns dieser Hoffnung und der Mittel, mit denen die Enttäuschung abgewehrt werden sollte. Mit dem Kommunismus ist der "Neue Mensch" nicht zu machen - und vielleicht hatten schon die Menschewiki recht, als sie für dieses Experiment das rückständige Rußland für einen grundfalschen Platz hielten. Wahrscheinlich aber gibt es überhaupt keine gesellschaftliche Retorte, in der irgendein Alchimist den der "Neuen Menschen" herbeiklonen kann.

Die Frage ist nur, wie lange Weltpolitik noch ohne den "Neuen Menschen" auskommt. Kein ehrlicher Beobachter wird hier von Jahrhunderten reden, sondern eher von Jahrzehnten. Die Fragestellung des Kommunismus, der keine brauchbare Antwort gefunden hat, bleibt bestehen und wird drängender. Eine neue Weltordnung, die sich nicht mit der bloßen Umverteilung von Macht bescheidet, muß sich über kurz oder lang auf die Schuttern eines "Neuen Menschen" stürzen, wenn sie auf Dauer Bestand haben will. Die eine Utopie ist gescheitert. Es wäre ein Frevel, ihre Erfahrungen auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen. Notwendig ist vielmehr, in jedem Detail ihre Sackgassen und die aller anderen Utopie-Erfahrungen der Menschheit zu studieren. Denn ohne die Durchsetzung von Ideen, die heute utopisch anmuten und angesichts des vermeintlichen Siegeszuges der westlichen Lebensweise im Moment deplaziert erscheinen, kann Zukunft nicht sein.

(-/19. September 1991/rs/fr)

Die Rechte der kleinen Menschen schützen
Forderungen zum Weltkindertag 1991

Von Lisay Gröner MdEP
Vizepräsidentin der Intergroup 'Familie' des Europäischen Parlaments

Am 30. September 1990 kamen über 70 Stadtoberrhäupter zum ersten Weltkindergipfel zusammen. Sie versprachen in Form einer Charta, "den Rechten der Kinder, ihrem Überleben, ihrem Schutz und ihrer Entwicklung hohe Priorität einzuräumen."

Fast ein Jahr danach, ist diese UN-Konvention immer noch nicht von allen EG-Mitgliedstaaten ratifiziert worden - auch nicht von Deutschland.

Im europäischen Haus muß das Kinder- und Jugendzimmer von vornherein geplant und angemessen ausgestattet werden. Daß man gerade die Kinder als schwächste Glieder unserer Gesellschaft vor der Tür des europäischen Hauses warten läßt, können wir europäischen Sozialdemokraten nicht länger tolerieren. Bei der Reform der Einheitlichen Europäischen Akte müssen sie endlich berücksichtigt werden.

Die Reform muß jedoch rasch erfolgen. Darüber hinaus fordere ich die Einrichtung eines Fonds für Kinderprojekte. Wie dringend sie nötig ist, beweisen zum Beispiel folgende Zahlen aus dem Umweltbereich: In West-Europa leidet mittlerweile jedes dritte Kind an umweltbedingten gesundheitlichen Schäden wie Allergien und Atemwegbeschwerden vom Krupphusten bis Asthma. In den Industrieregionen Ost-Europas ist sogar jedes zweite Kind betroffen. In der mitteldeutschen Region Bitterfeld neun von zehn Kindern. Die Europäische Gemeinschaft sollte deshalb ihre Umweltnormen so verschärfen, daß die empfindlichen Organismen der Kinder zugrunde gelegt werden und nicht die eines kraftstrotzenden Erwachsenen, wie es bisher der Fall ist.

Diese Kinder brauchen umgehend Hilfe. Aus dieser Notwendigkeit heraus wurde am 8. Juni diesen Jahres in Rostock das "Hilfswerk für umweltgeschädigte Kinder in Europa e.V." gegründet. Es hat sich zum Ziel gesetzt, für die umweltkranken Kinder Erholungsaufenthalte zu organisieren, medizinische Forschungen über die Zusammenhänge zwischen Umweltverschmutzung und Erkrankungen zu betreiben und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Dieses Hilfswerk ist die erste europäische Initiative dieser Art für Kinder. Allein reicht dies jedoch nicht aus, um die Lebensbedingungen der europäischen Kinder spürbar zu verbessern. Was unsere Kinder brauchen, ist eine starke Lobby. Es muß ein europäisches Netzwerk aufgebaut werden, in dem alle Kinderverbände und -vereinigungen zusammenarbeiten und so koordiniert vorgehen können.

Letztendlich sind wir alle gefordert, mehr Rechte für Kinder durchzusetzen. In den Kommunen über die Landesparlamente bis hin zum Bundestag und zum Europäischen Parlament muß die UN-Charta mit Leben erfüllt werden. Kreativität und Phantasie sind der Grundstock, unser größtes Zukunftskapital.

Die Charta darf aber nicht in Unverbindlichkeit erstarren. Ihre Unterzeichnung darf kein Sonntagsversprechen sein, sondern muß in allen EG-Mitgliedstaaten eine rechtliche Grundlage erhalten. Deshalb müssen die Bundesregierung und die Regierungen der anderen EG-Staaten die Konvention umgehend ratifizieren.

Worauf warten sie noch? Täglich sterben annähernd 40.000 Kinder einen unsinnigen Tod. Mit 20 Milliarden ECU, das entspricht rund 40 Milliarden DM, die die Industrieländer aufbringen sollten, könnte bis zum Jahr 2000 diesem Sterben ein Ende gemacht, die Gesundheitsfürsorge verbessert sowie eine Grundbildung für alle Jungen und Mädchen verwirklicht werden.

Die Europäische Gemeinschaft sollte als ersten konkreten Schritt zur Umsetzung der Versprechen des Weltkindergipfels ein Aktionsprogramm für Kinder beschließen. Darin muß ein fatales Defizit ausgeräumt werden: Gegenwärtig steht die Rechtswirklichkeit in Europa so aus, daß nur Personen ab 15 Jahren rechtsrelevant in den Verträgen erscheinen. Kinder unter 15 Jahren bleiben unberücksichtigt. Kinder haben jedoch einen Anspruch auf eigene Rechte.

Im europäischen Haus muß das Kinder- und Jugendzimmer von vornherein geplant und angemessen ausgestattet werden. Daß man gerade die Kinder als schwächste Glieder unserer Gesellschaft vor der Tür des europäischen Hauses warten läßt, können wir europäischen Sozialdemokraten nicht länger tolerieren. Bei der Reform der Einheitlichen Europäischen Akte müssen sie endlich berücksichtigt werden.

(-/19. September 1991/rs/fr)

Frauenfeindliche Mogelpackung

Zur Forderung von Bundesfrauenministerin Dr. Angela Merkel, die Ladenschlußzeiten in der Bundesrepublik freizugeben

Von Regine Schmidt-Zadel MdB

Mit der Forderung nach "frauenfreundlichen Ladenschlußzeiten" offenbart Ministerin Dr. Merkel eine höchst eigenartige Differenzierung ihrer Frauenpolitik. Danach sind Fortschritte anscheinend davon abhängig, ob sich Frau hinter oder vor der Ladentheke befindet.

Eine solche Politik ist nicht nur frauenfeindlich, weil sie scheinbare Vorteile einer Gruppe von Frauen mit erheblichen Nachteilen für eine andere Gruppe erkauft, sie ist auch ein Rückschritt auf dem Weg, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als gesellschaftliches Ziel zu verwirklichen.

Dieses Ziel kann nicht dadurch erreicht werden, daß berufstätige Hausfrauen ihre Rolle als "Versorgungs- und Beschaffungsamt der Familie" bei freigegebenen Ladenzeiten auch noch am späten Abend und in der Nacht ausüben dürfen. Und es wird erst recht nicht erreicht, wenn für die zum größten Teil weiblichen Beschäftigten im Einzelhandel zukünftig Arbeitszeiten eingeführt werden, die die jetzigen an Gesundheits- und Familienschädlichkeit noch übertreffen. Da nächtliche Öffnungszeiten zu einer erheblichen Ausweitung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen führen, vergrößert sich zudem die Zahl der Frauen, die in der sozialversicherungsrechtlichen Grauzone arbeiten müssen.

Von "frauenfreundlich" kann im Zusammenhang mit der Forderung von Dr. Merkel daher keine Rede sein. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, daß hier mit einer frauenfreundlichen Mogelpackung eher wirtschaftliche Interessen bedient werden sollen. Frau Dr. Merkel stünde es besser an, wenn sie - ihrem Ressort entsprechend - die Interessen der Frauen stärker im Auge behielte.

(-/19. September 1991/rs/fr)
